

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Zuckerfabrik Güstrow erhalten - EU-Zuckermarktverordnung kippen!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend

1. bei der Nordzucker AG dahingehend zu intervenieren, dass alle erdenklichen Mittel ausgeschöpft werden, um die Zuckerfabrik in Güstrow zu erhalten;
2. seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu prüfen, welche Möglichkeiten hinsichtlich eines Erhalts der Zuckerfabrik Güstrow gegeben sind;
3. bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, mit dem Ziel, dass diese sich auf EU-Ebene für eine Aufhebung der völligen Liberalisierung des EU-Zuckermarktes unter den folgenden Gesichtspunkten einsetzt:
  - a) Sicherung des Lebensstandards der Landwirte;
  - b) Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Familien;
  - c) Wahrung des Gleichgewichts des Zuckermarktes sowie Gewährleistung der Produktionssicherung;
  - d) eine am heimischen Markt orientierte Anbaupolitik mit Aufrechterhaltung eines mengenbegrenzten Abnahme- und Preisgarantiesystems;
  - e) einen effektiven Außenschutz des deutschen und europäischen Zuckermarktes;

- f) Einführung gewisser Importquoten zu Garantiepreisen für die Länder der sogenannten Dritten Welt verbunden mit der Auflage, dass die daraus resultierenden Erlösanteile in den Agrarsektor zur Schaffung sicherer Arbeitsplätze der Entwicklungsländer und die Verringerung des Migrationsdrucks investiert werden;
- g) mittelfristig die europäische Zuckermarktordnung durch eine nationale Zuckermarktordnung zu ersetzen, die sich überwiegend an der Zielsetzung orientiert, anstelle vorhandener Überproduktion und Exportrechte energiewirtschaftliche Nutzeffekte zu befördern.

### **Udo Pastörs und Fraktion**

#### **Begründung:**

Mit einem Schreiben vom 28. September 2007 an die Mitarbeiter der Zuckerfabrik in Güstrow teilt die Nordzucker AG mit, dass sie nach der Rübenkampagne 2007 das Werk Güstrow schließen wird. Betroffen wären in Güstrow 99 Werksmitarbeiter. Weiterhin hätte die Schließung des Werkes aber auch Auswirkungen auf die agrar- und ernährungswirtschaftliche Struktur unseres Landes. Landwirte, die hauptsächlich vom Zuckerrübenanbau leben, würden mit der Schließung des Werkes einen Hauptabnehmer ihrer Produktion verlieren. Für viele Landwirte bedeutet diese Entwicklung das Aus.

Die Landesregierung muss also dringend alles in ihrer Macht stehende tun, damit die Werksschließung im Interesse der nachhaltigen Entwicklung des Raumes Güstrow verhindert werden kann. Dies bedeutet neben der Prüfung von Möglichkeiten seitens des Landes zur Verhinderung der Werksschließung vor allem eine Intervention der Landesregierung bei der Nordzucker AG im Hinblick auf die bisher ausgereichten Subventionen durch das Land für die Nordzucker AG.

Hauptgrund für die Werksschließung ist allerdings die Reform der Zuckermarktordnung (ZMO), die eine starke Reduzierung des in der EU erzeugten Zuckers bewirkt. Daher muss schnellstmöglich durch die Landesregierung bei der Bundesregierung auf eine Aufhebung der völligen Liberalisierung des Zuckermarktes interveniert werden. Unterstützung dürfte man in dieser Frage sicherlich bei verschiedenen anderen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt, Bayern oder Baden-Württemberg erwarten können. Der Zustand, dass nach den Plänen der EU und WTO die deutsche Zuckerwirtschaft im globalen Wettbewerb mit Anbietern konkurrieren muss, die die erforderlichen Ansprüche an Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards sowie eine gebotene Nachhaltigkeit vermissen lassen, ist gegenüber den Landwirten und den Zuckerproduzenten unverantwortlich. Dem globalistischen Verdrängungswettbewerb ist daher seitens der Landesregierung unter Ausschöpfung aller ihr auf Bundesebene zur Verfügung stehenden Mittel im Interesse unseres Landes entgegenzutreten. Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darf nicht kapitalistischen Weltmarktinteressen geopfert werden.